

Neues Nord-Süd-Gefälle

Konjunktur. Deutschland hat sich mit bemerkenswerter Geschwindigkeit aus dem Krisental des Frühjahrs 2009 herausgearbeitet. Allerdings waren die einzelnen Bundesländer ganz unterschiedlich vom Wirtschaftseinbruch betroffen und profitieren nun auch längst nicht gleichermaßen vom Aufschwung.

Der auf die Finanzkrise folgende Konjunkturabsturz zum Jahreswechsel 2008/2009 traf in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe (vgl. Seite 5). Entsprechend schrumpfte das Brutto-

inlandsprodukt (BIP) in industriestarken Ländern wie dem Saarland und Baden-Württemberg um bis zu 8 Prozent, während z.B. die Dienstleistungs- und Behördenmetropole Berlin mit

einem Minus von 0,7 Prozent weitaus besser davonkam (Grafik Seite 2).

Anschließend erholten sich allerdings gerade die Industriestandorte besonders schnell – im ersten Halbjahr 2010 lagen Baden-Württemberg und das Saarland mit einem Plus der Wirtschaftsleistung von rund 5 Prozent an der Spitze der Bundesländer-Rangliste. Doch es gab auch Ausnahmen: →

Viel Industrie – wenig Arbeitslose

So viel Prozent der Bruttowertschöpfung im Jahr 2009 entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe

■ Arbeitslosenquote Dezember 2010

Baden-Württemberg	27,0	4,3	Sachsen-Anhalt	18,3	11,2
Saarland	23,3	7,1	Sachsen	16,7	11,1
Bayern	21,5	4,0	Hessen	15,7	6,0
Rheinland-Pfalz	21,3	5,4	Schleswig-Holstein	14,9	7,3
Thüringen	20,2	8,9	Brandenburg	13,7	10,6
Bremen	19,6	11,5	Hamburg	12,2	7,4
Nordrhein-Westfalen	19,1	8,1	Berlin	11,3	12,8
Niedersachsen	18,4	7,1	Mecklenburg-Vorpommern	11,1	12,7

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR), Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwwd 4

Regionale Wirtschaftsleistung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Bundeslands setzt sich im Wesentlichen aus den innerhalb der Landesgrenzen erstellten Waren und Dienstleistungen zusammen, Vorleistungen werden abgezogen. Es handelt sich dabei um ein Inlands- und nicht um ein Inländerkonzept: Die Leistungen werden am Arbeitsort, also dem Unternehmenssitz, gemessen. Dies treibt beispielsweise das BIP für den Stadtstaat Hamburg mit seinen vielen Firmenzentralen nach oben, während der Nachbar Schleswig-Holstein eine eher niedrige Wirtschaftsleistung aufweist – auch wenn dort viele gut verdienende Pendler wohnen.

In dieser Woche

USA: Die Wirtschaft kommt nur schwer in Gang, doch zumindest investieren Unternehmen wieder mehr.
Seite 3

Integration: Junge Migranten in Deutschland haben in Sachen Bildung aufgeholt.
Seite 4

Konjunktur: Während der Krise blieben Arbeitnehmerentgelte und der private Konsum weitgehend stabil.
Seite 5

Entwicklungshilfe: Jeder vierte EU-Bürger spendet für die Unterstützung der Dritten Welt.
Seite 6

Forschung und Entwicklung: Trotz Krise haben Unternehmen weltweit ihre Forschungsausgaben kaum reduziert.
Seite 7

Insolvenzen: Im vergangenen Jahr gingen in Deutschland weniger Unternehmen pleite als befürchtet.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



So wuchs die Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens mit 2,9 Prozent nicht viel stärker als die Wirtschaft des eher industriearmen Brandenburgs.

Generell ist der aktuelle Konjunkturaufschwung nicht mehr von einem so deutlichen West-Ost-Gefälle geprägt wie zuvor. Thüringen etwa – das den höchsten Anteil an Industriebetrieben aller ostdeutschen Bundesländer aufweist – schnitt im ersten Halbjahr 2010 mit einem BIP-Zuwachs von 3,4 Prozent noch etwas besser ab als Bayern. Rund um die thüringische Hightech-Schmiede Jena liegt auch die Arbeitslosigkeit mit knapp 9 Prozent nur noch wenig über dem westdeutschen Schnitt von rund 7 Prozent (Grafik Seite 1).

Demgegenüber kamen in der ersten Jahreshälfte 2010 die beiden Nordlichter Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gleichermaßen kaum vom Fleck. Sie wurden unter anderem von der Schiffbauindustrie ausgebremst, die sich bislang wenig von der Krise erholen konnte. Somit wird das Konjunkturbild in Deutschland immer stärker von Nord-Süd-Unterschieden geprägt.

Länderfinanzausgleich: Wer viel schafft, der zahlt



In Deutschland gilt das Umverteilungsprinzip – die Starken unterstützen die Schwachen – auch für die Bundesländer.

Dem zugrunde liegt das Gebot der Gleichheit der Lebensverhältnisse. Doch die Schere zwischen den Ländern, die geben müssen, und denen, die aus dem Ausgleichstopf Unterstützung erhalten, hat sich nicht geschlossen.

Im Jahr 2010 zahlten nur noch vier Länder in den Ausgleichstopf ein, die anderen zwölf bekamen Geld raus. Die Bundeshauptstadt Berlin erhielt 2010 mit fast 2,9 Milliarden Euro den größten Batzen, während Bayern mit 3,5 Milliarden Euro das meiste beisteuerte. Auch das größte Bundesland – Nordrhein-Westfalen –, das 2009 noch zu den Zahlern gehörte, wurde 2010 mit 358 Millionen Euro bedacht.

Selbst wenn sich die Nehmerländer zweifellos über das zusätzliche Geld freuen dürften, so birgt das ganze System doch ein grundsätzliches Problem: Bislang bietet der Finanzausgleich den schwächeren Ländern keinen Anreiz, eine besonders investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik zu betreiben – von 1 Euro zusätzlichen Steu-

ereinnahmen fließen oft nur 10 Cent in die Kasse des Landes, der Rest geht an den Bund und die anderen Länder.

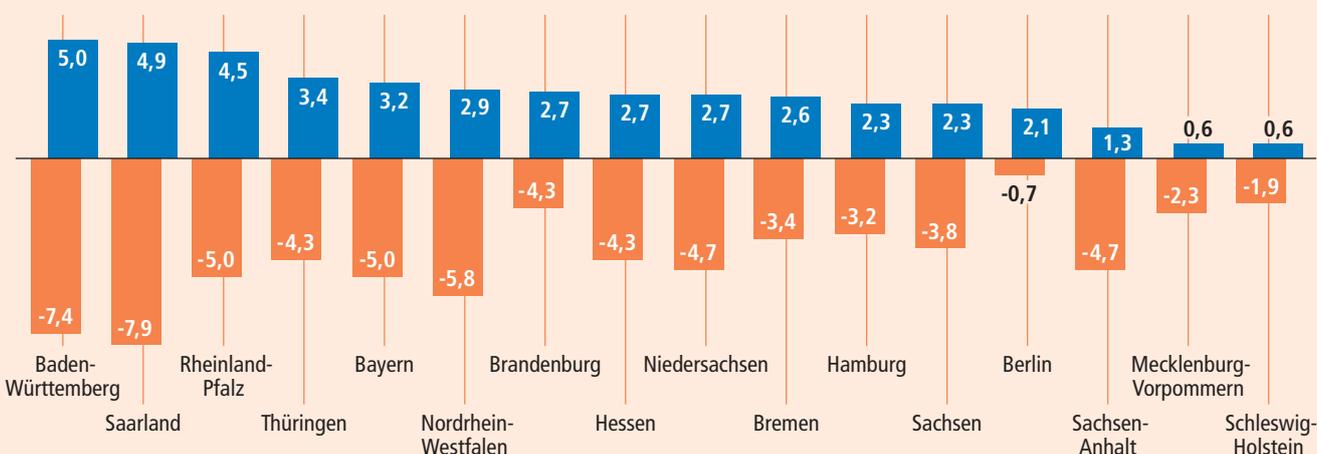
Eine mögliche Lösung für den aktuellen Konflikt wäre das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln entworfene Optionsmodell. Finanzschwache Bundesländer könnten demnach befristet freiwillig aus dem Länderfinanzausgleich austreten und zeitweilig auf Transfers verzichten; im Austrittsjahr wäre das Land finanziell einem Verbleib im System gleichgestellt. Im Gegenzug dürften diese Länder einen größeren Anteil als bisher am eigenen Gemeinschaftssteueraufkommen – also Lohnsteuer, veranlagte und nicht veranlagte Einkommenssteuer, Zinsabschlags- und Körperschaftssteuer – behalten.

Diese Bundesländer hätten dann die Chance, durch eine investitionsfreundige Wirtschaftspolitik mehr aus eigener Kraft zu erwirtschaften – denn von Investitionen in mehr Wachstum bliebe auch mehr im Staatssäckel. Andererseits würde eine schlechte Entwicklung auch „bestraft“, weil bei sinkenden Steuereinnahmen keine Hilfe aus dem Ausgleichstopf käme. Risiken wie ein krisenbedingter Konjunkturerinbruch müssten allerdings gesondert berücksichtigt werden.

Bundesländer: Die Spuren der Krise

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bzw. Vorjahreszeitraum in Prozent

2009 1. Halbjahr 2010



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR)

Schwere Zeiten für Uncle Sam

USA. Die Wirtschaft im Land der unbegrenzten Möglichkeiten kommt nur schwer in Gang – vor allem der Arbeitsmarkt und die maroden Staatsfinanzen machen den Amerikanern große Sorgen. Doch zumindest die Unternehmen investieren wieder mehr. Das könnte der ersehnte Silberstreif am Horizont sein.

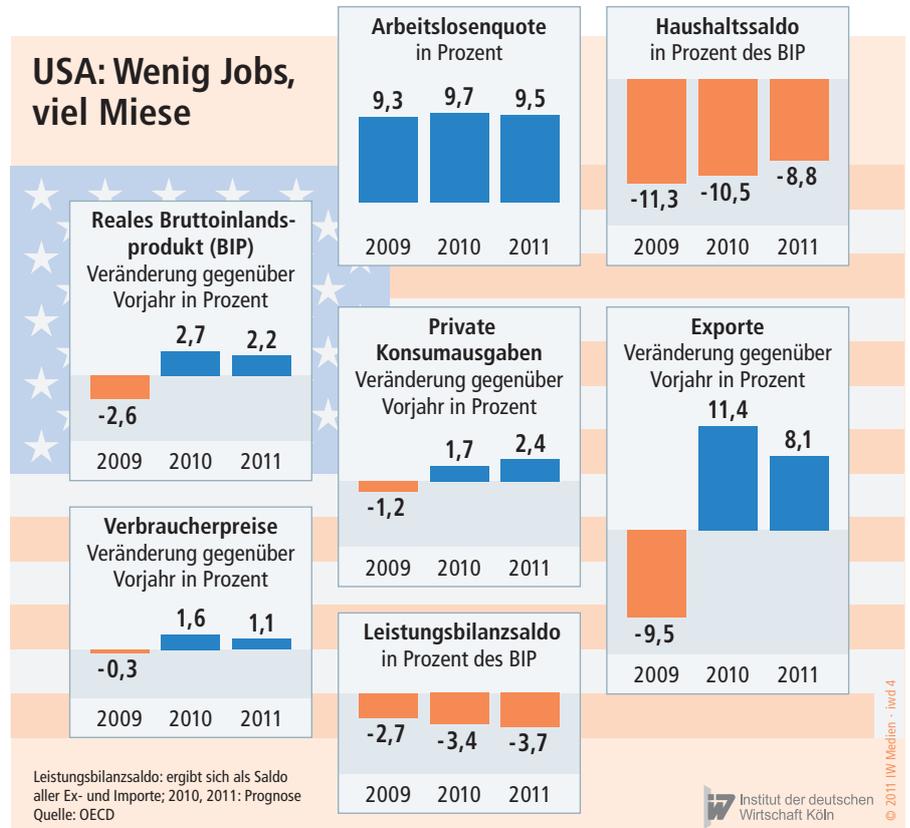
US-Präsident Obama hat derzeit nicht viel zu lachen: Es gibt noch immer Streit um seine Gesundheitsreform, die Demokraten mussten herbe Verluste bei den jüngsten Kongresswahlen hinnehmen und die Wirtschaft findet nicht zu alter Stärke zurück.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA wird in diesem Jahr nach der Prognose der OECD zwar um gut 2 Prozent zulegen. Doch das würde für die Weltmacht kaum den ersehnten Befreiungsschlag bedeuten. Denn die Amerikaner sind mehr Wachstum gewohnt:

Das BIP stieg zwischen 2000 und 2007 im Schnitt um real 2,4 Prozent, obwohl in diese Zeitspanne auch die mageren Jahre 2001 und 2002 fielen.

Vorerst jedenfalls wird die US-Konjunktur trotz des weltweiten Booms keine großen Sprünge machen. Dazu hakt es an zu vielen Stellen (Grafik):

Arbeitsmarkt. Für US-Verhältnisse ist die Arbeitslosenquote von derzeit fast 10 Prozent ungewöhnlich hoch. Vor allem, wenn man bedenkt, dass es mit der amerikanischen Wirtschaft in den vergangenen Monaten wieder bergauf ging. Für das Jahr 2011 rechnen die Experten der OECD im Schnitt erneut mit mehr als 9 Prozent Arbeitslosen.



Privater Konsum. Die Arbeitsmarktlage wirkt sich unmittelbar auf den privaten Verbrauch aus – früher der wichtigste Wachstumsgarant der US-Wirtschaft. Die OECD schätzt, dass die Konsumausgaben der Amerikaner 2010 um weniger als 2 Prozent gestiegen sind, 2011 dürften sie lediglich um 2,4 Prozent zulegen. Denn die Konsumenten sind weiterhin knauseriger als vor der Krise:

Die Amerikaner werden in diesem Jahr voraussichtlich rund 6 Prozent ihres verfügbaren Einkommens sparen – das sind 2 Prozentpunkte mehr als 2008.

Staatshaushalt. Die Rezession hat ein riesiges Loch in den Staatssäckel gerissen. Das Haushaltsdefizit lag 2010 bei mehr als 10 Prozent des BIP, in diesem Jahr wird es immer noch fast 9 Prozent betragen. Der Schuldenberg erhöht sich 2011 dadurch voraussicht-

lich auf knapp 100 Prozent des BIP. Auch deshalb muss die Wirtschaft weiter wachsen, denn das hilft, die Schuldenquote zu reduzieren.

Investitionen. Nach dem dramatischen Rückgang während der vergangenen Krise – vor allem weil Bauinvestitionen einbrachen – rappeln sich die Unternehmen wieder auf: Die Bruttoanlageinvestitionen dürften im vergangenen Jahr real um 3,5 Prozent gestiegen sein, in diesem Jahr ist sogar ein Plus von mehr als 7 Prozent möglich.

Der Einbruch des Jahres 2009 – die Bruttoanlageinvestitionen sanken um fast 15 Prozent – ist damit zwar noch nicht wieder wettgemacht. Doch wenn die Unternehmen neuen Mut fassen, beflügelt dies den Arbeitsmarkt und die Investitionen können zur Triebfeder des Aufschwungs werden. Dann hätte auch Präsident Obama endlich wieder einen Grund zur Freude.

Besseres Deutsch bringt Wachstum

Integration. Der Bildungsstand der in Deutschland lebenden jugendlichen Migranten hat sich seit Anfang des Jahrzehnts verbessert. Holen die Migranten weiter auf, kann langfristig das Wachstumspotenzial in Deutschland erhöht werden.*)

In Deutschland leben rund 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – viele von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den 25- bis 64-Jährigen haben knapp vier von zehn Migranten keinen Berufsabschluss, bei den Einheimi-

schen ist es einer von zehn. Das ist ein großes Manko für die Migranten, denn damit haben sie am Arbeitsmarkt deutlich schlechtere Karten:

Die Erwerbslosenquote von Migranten war 2009 mit 13 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Das größte Handicap bleiben die fehlenden Sprachkenntnisse: Bei gleichem Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau steigt das Arbeitslosigkeitsrisiko gegenüber anderen Migranten um 60 Prozent, wenn im

Haushalt nicht Deutsch gesprochen wird. Und auch die Schulleistungen werden signifikant negativ beeinflusst, wenn sich die Familie nicht überwiegend auf Deutsch unterhält. Allerdings ist der negative Einfluss dank zahlreicher Fördermaßnahmen gegenüber dem Jahr 2000 etwas gesunken.

Beim internationalen Vergleich der Lesekompetenzen Jugendlicher schnitten die Schüler mit ausländischen Wurzeln 2009 deutlich besser ab als noch neun Jahre zuvor (Grafik):

Im Jahr 2009 haben jugendliche Migranten in Deutschland mit 455 PISA-Punkten praktisch den OECD-Durchschnitt der Migranten von 458 Punkten erreicht.

Beim PISA-Test 2000, bei dem ebenfalls vorrangig die Lesekompetenz untersucht wurde, lagen die Schüler mit nur 423 Punkten noch weit unterhalb der durchschnittlichen Leistung von jungen Migranten in den OECD-Ländern.

Die jugendlichen Migranten in Deutschland schließen also langsam zu ihren einheimischen Mitschülern auf. Holen sie durch mehr frühkindliche Bildung und Sprachförderung weiter auf und halbieren in den kommenden Jahren den Rückstand zur einheimischen Bevölkerung, steigen ihre Beschäftigungschancen, und der drohende Fachkräftemangel kann verringert werden. Dadurch steigt nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts langfristig um 0,1 Prozentpunkte an.

*) Christina Anger, Vera Erdmann, Axel Plünnecke, Ilona Riesen: Integrationsrenditen – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten, IW-Analysen Nr. 66, Köln 2010, 142 Seiten, 24,90 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Kompetenzen: Migranten holen auf

Leseleistungen der Schüler ... im Jahr 2009 in Punkten

	... ohne Migrationshintergrund	... mit Migrationshintergrund	Veränderung der Punktzahl der Schüler mit Migrationshintergrund zwischen 2000 und 2009
Schweiz	513	465	37
Belgien	519	451	35
Deutschland	511	455	32
Ungarn	495	507	19
Israel	480	478	19
Griechenland	489	432	18
Dänemark	502	438	15
USA	506	484	12
Portugal	492	466	9
Neuseeland	526	513	6
Australien	515	524	4
Norwegen	508	456	1
Kanada	528	521	-5
Tschechien	479	457	-7
Finnland	538	468	-8
Mexiko	430	331	-14
Frankreich	505	444	-20
Schweden	507	442	-24
Spanien	488	430	-27
Italien	491	418	-31

Quelle: OECD

Krise geht an privaten Haushalten vorbei

Konjunktur. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Deutschland besonders die Industrie belastet – vor allem über den stark rückläufigen Außenhandel. Auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen brachen ein. Weil die Firmen aber kaum Personal abbauten, blieben die Arbeitnehmerentgelte und der private Konsum weitgehend stabil.

Die deutsche Wirtschaft hat den stärksten Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg insgesamt schnell verkraftet. In manchen Bereichen wirkt die Krise noch nach, andere haben kaum auf die Rezession reagiert:

- **Wirtschaftsbereiche.** Das reale Bruttoinlandsprodukt erreichte im dritten Quartal 2010 fast wieder den Wert vom Herbst 2008 – ab dann war die deutsche Wirtschaftsleistung krisenbedingt gesunken. Im Jahr 2011 dürfte sich die restliche Lücke zum Vorkrisenniveau schließen.

Allerdings war die Wertschöpfung der Industrie zuletzt noch deutlich vom Stand des dritten Quartals 2008 entfernt (vgl. iwD 3/2011), während die Geschäfte der Dienstleister von Juli bis September 2010 schon wieder besser liefen als zwei Jahre zuvor.

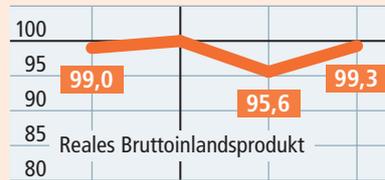
- **Exporte, Investitionen und Konsum.** Die deutsche Industrie bekam die globale Konjunkturlaute besonders über den Außenhandel zu spüren – schließlich verkauft Deutschland an das Ausland vor allem Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes.

Entsprechend fielen die realen Exporte bis zum Herbst 2009 um 15 Prozent unter das Vorjahresniveau.

Seither gab es jedoch eine wahre Aufholjagd, sodass die Ausfuhren zu-

Deutschland erholt sich wieder

Werte jeweils für das 3. Quartal, 3. Quartal 2008 (Krisenbeginn) = 100



2007 2008 2009 2010

2007 2008 2009 2010



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwD 4

letzt nur noch gut 1 Prozent unter dem Wert vor der Krise lagen.

Im Aufschwung haben die Unternehmen auch wieder mehr in Produktionsanlagen investiert. Das rezessionsbedingte Minus ist aber ebenfalls noch nicht ganz ausgemerzt.

Auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte hatten die konjunkturellen Turbulenzen hingegen kaum Einfluss; im dritten Quartal 2010 kauften die Bundesbürger immerhin 0,6 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen ein als zwei Jahre zuvor.

- **Löhne und Gewinne.** Dass der private Konsum von der Krise fast verschont blieb, ist vor allem dem stabilen Arbeitsmarkt zu verdanken.

Unter anderem die Kurzarbeit ermöglichte es den Firmen, trotz herber Produktionseinbußen weitgehend auf Entlassungen zu verzichten.

Damit sanken auch die Entgelte der Arbeitnehmer vom Herbst 2008 bis zum Herbst 2009 nur um 0,2 Prozent und stiegen seither sogar wieder um gut 3 Prozent an.

Dagegen kamen die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen unter die Rezessions-Räder – bis zum dritten Quartal 2009 schrumpften sie um mehr als 7 Prozent. Da sich die Wirtschaft jedoch schnell berappelte und die Börsenkurse wieder stiegen, konnten diese Verluste innerhalb nur eines Jahres wettgemacht werden.

Gemeinsam gegen Armut

Entwicklungshilfe. Ländern der Dritten Welt unter die Arme zu greifen ist wichtig – der Meinung sind auch die Bürger der Europäischen Union. Selber aktiv werden jedoch die wenigsten. Und 21 Prozent beteiligen sich in keinsten Form an der Entwicklungshilfe. Die EU ist indes einer der größten Geldgeber.

Laut einer Umfrage der Europäischen Kommission halten 89 Prozent der EU-Bürger die Unterstützung von Entwicklungsländern für wichtig. Allerdings engagieren sich lediglich 4 Prozent der Befragten aktiv in einer Organisation für Entwicklungshilfe (Grafik). Jeder vierte Befragte spendet immerhin Geld.

Besonders aktiv sind die Bürger Irlands, Schwedens, der Niederlande, Luxemburgs, Dänemarks und Finnlands. Hier unterstützen mehr als 60 Prozent die Entwicklungshilfe entweder durch Spenden oder durch Freiwilligenarbeit.

Hilfe benötigen benachteiligte Staaten vor allem im Kampf gegen die Armut. Dieses Thema stufen auch die

Befragten als größte Herausforderung für die Entwicklungsländer ein, noch vor der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise.

Spenden großzügiger Bürger allein reichen jedoch nicht aus, um diese Probleme wirkungsvoll zu bekämpfen. Somit sind internationale Institutionen gefordert: Rund 64 Prozent der Befragten sind etwa der Meinung, dass die EU mehr Entwicklungshilfe leisten sollte. Viele EU-Bürger – 46 Prozent – sehen aber auch die Vereinten Nationen und die Weltbank in der Pflicht.

Die EU ist allerdings bereits einer der größten Geldgeber in Sachen Entwicklungshilfe:

Von 85,7 Milliarden Euro, die der Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD 2009 bereitstellte, kamen 48,1 Milliarden Euro von den EU-15-Staaten und weitere 10,7 Milliarden Euro von den EU-eigenen Hilfsprogrammen (Kasten).

Über 85 Prozent der globalen Entwicklungshilfe für Dritte-Welt-Staaten werden von den Mitgliedern dieses Ausschusses finanziert.

Wie die EU Entwicklungshilfe leistet

Die Entwicklungshilfe der Europäischen Union verteilt sich auf sechs Hauptinstrumente:

Das wichtigste ist der Europäische Entwicklungsfonds (EEF), der von Beiträgen der Mitgliedsstaaten direkt finanziert wird und nicht zum Haushalt der EU gehört. Der EEF ist in den Ländern Afrikas, der Karibik und im Pazifik aktiv, zum Beispiel durch den Ausbau der Infrastruktur in Burkina Faso oder durch Unterstützung beim Brunnenbau in Nigeria. Für diesen Fonds stehen in den Jahren von 2008 bis 2013 rund 23 Milliarden Euro zur Verfügung.

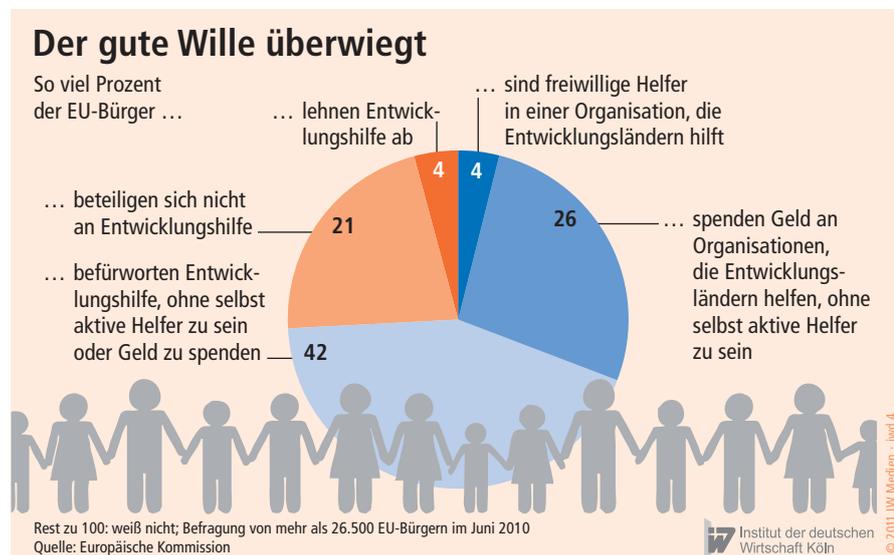
Das sogenannte Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) gibt Zuschüsse für Entwicklungshilfeprojekte. Insgesamt sollen zwischen 2007 und 2013 knapp 17 Milliarden Euro fließen.

Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) kümmert sich unter anderem um eine bessere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten der EU, zum Beispiel Russland. Das Budget liegt hier bei 11,2 Milliarden Euro für die Jahre 2007 bis 2013.

Das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) unterstützt entsprechende Projekte, etwa in Bangladesch, Kolumbien oder Pakistan.

Das Stabilitätsinstrument (IfS) gewährleistet finanzielle Hilfe unter anderem für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Von 2007 bis 2013 sind 2,1 Milliarden Euro vorgesehen.

Das Instrument für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (INSC) unterstützt Dritte-Welt-Länder dabei, die Sicherheit ihrer Atomkraftanlagen zu gewährleisten. Dafür stehen von 2007 bis 2013 insgesamt 524 Millionen Euro zur Verfügung.



An guten wie an schlechten Tagen

Forschung und Entwicklung. Die 1.400 forschungsstärksten Unternehmen der Welt haben der Krise 2009 getrotzt und ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung nur geringfügig reduziert. Unter den Top Ten der europäischen Forschungsunternehmen finden sich zudem fünf aus Deutschland.

Jährlich mindestens 28 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung (FuE) – diese Summe ist Voraussetzung dafür, um im EU Industrial R&D Investment Scoreboard gelistet zu werden, einem Ranking der 1.400 weltweit forschungsstärksten Unternehmen. In Deutschland erfüllten 104 Betriebe dieses Kriterium, was der Bundesrepublik Platz drei im aktuellen Ranking einbrachte (Grafik).

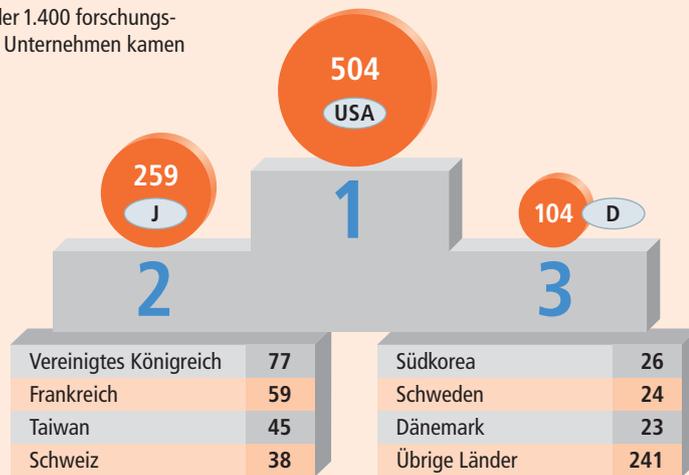
Im Jahr 2009 investierten die in Sachen FuE führenden Unternehmen zusammen rund 402 Milliarden Euro in die Zukunft – knapp 2 Prozent weniger als im Jahr davor.

Berücksichtigt man jedoch, dass diese Firmen in der Krise Umsatzeinbußen von mehr als 10 Prozent sowie Gewinnrückgänge von durchschnittlich 21 Prozent hinnehmen mussten, fällt das FuE-Minus kaum ins Gewicht. Insbesondere in Großunternehmen sind Forschung und Entwicklung oberste Priorität geblieben.

In den einzelnen Branchen sieht es jedoch sehr unterschiedlich aus. Top-Unternehmen aus der pharmazeutischen Industrie beispielsweise haben ihre FuE-Aufwendungen sogar noch um rund 5 Prozent gesteigert. Zudem konnten sie ihre Präsenz in den Top Ten der forschungsstärksten Unternehmen zwischen 2003 und 2009 von zwei

Forschung: Deutschland auf dem Treppchen

So viele der 1.400 forschungsstärksten Unternehmen kamen 2009 aus



Ursprungsdaten: EU Industrial R&D Investment Scoreboard

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwed 4

auf fünf erhöhen. Ein Teil dieses Zuwachses ist allerdings auf den Aufkauf von kleineren forschungsintensiven Biotechnologie-Unternehmen zurückzuführen.

Die Großen der Automobilindustrie dagegen haben ihre FuE-Aufwendungen von 2008 auf 2009 um knapp 12 Prozent gesenkt, sie mussten aber auch besonders starke Umsatzeinbußen verkraften.

Unterm Strich gaben die großen europäischen Forschungsunternehmen 2,8 Prozent ihres Umsatzes für Zukunftsinvestitionen aus, ihre japanischen Pendanten 3,8 Prozent und US-amerikanische Unternehmen 4,8 Prozent.

Diese Unterschiede resultieren allerdings nicht aus der geringen Innovationskraft der Europäer, sondern sind den verschiedenen Spezialisierungsmustern geschuldet. So sitzen in den USA vor allem Spitzentechnologie-Unternehmen, dazu zählen neben Pharmakonzernen zum Beispiel Betriebe der IT-Branche – und die nehmen traditionell viel Geld für Forschung und

Entwicklung in die Hand. In Europa sind vor allem Unternehmen der Hochtechnologie, wie die Automobilindustrie, zu Hause. In diesen Branchen haben die europäischen Unternehmen denn auch in puncto Forschungsintensität die Nase vorn. Positiv aus deutscher Sicht:

Mit 5,8 Milliarden Euro FuE-Aufwendungen führt der Wolfsburger Volkswagen-Konzern das europäische Forschungsranking an.

Siemens, Daimler, Bosch und Bayer sind vier weitere Forschungsschwergewichte aus Deutschland in den europäischen Top Ten.

Doch Forschung und Entwicklung sind längst nicht mehr nur eine Sache der Industrieländer. Mit Indien und China haben nämlich nicht nur zwei vermeintliche Schwellenländer die weltweit höchsten Wachstumsraten bei den FuE-Aufwendungen zu verzeichnen (China: plus 40 Prozent, Indien: plus 27 Prozent) – beide Länder sind im Vergleich zu 2008 auch mit acht zusätzlichen Unternehmen im Ranking der Top 1.400 vertreten.

Unerwartet frühe Wende

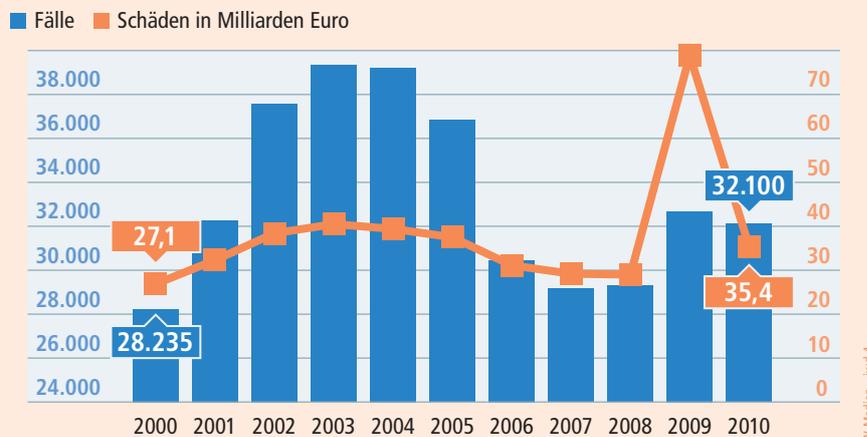
Insolvenzen. Normalerweise laufen die Unternehmensinsolvenzen der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Aus diesem Grund wurde für 2010 trotz anziehender Konjunktur nach der Krise eine spürbare Zunahme der Pleiten erwartet. Doch es kam anders.

Im Jahr 2010 haben voraussichtlich 32.100 Firmen den Gang zum Insolvenzrichter angetreten (Kasten). Damit wurde die Zahl der Pleiten aus dem Krisenjahr 2009 um 2 Prozent unterschritten. Und selbst 2009 waren die Insolvenzzahlen längst nicht so stark gestiegen, wie es der dramatische Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,7 Prozent hatte erwarten lassen.

Weitere Kennzahlen belegen, dass Insolvenzen 2010 weniger Schäden angerichtet haben als befürchtet:

Jobs. Im vergangenen Jahr standen in den insolventen Firmen lediglich 240.000 Arbeitsplätze auf der Kippe – so wenige wie nie zuvor seit Einführung der neuen Insolvenzordnung

Insolvenzen: Allmähliche Erholung



Insolvenzen: eröffnete und mangels Masse abgewiesene Verfahren; 2010: Hochrechnung
 Quellen: Creditreform, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwvd 4

1998. Das liegt vor allem daran, dass nur sehr wenige größere Unternehmen pleitegingen.

Schäden. Dieser Effekt spiegelt sich auch in den insolvenzbedingten wirtschaftlichen Schäden wider. Sie beliefen sich 2010 lediglich noch auf 35,4 Milliarden Euro (Grafik).

Je Insolvenzfall sank der Schaden auf 1,1 Millionen Euro – nach 2,4 Millionen Euro im Jahr 2009.

Die unerwartete Verbesserung der Lage hat Folgen für die Insolvenzgeldkasse bei der Bundesagentur für Arbeit. Diese wird aus Zwangsumlagen der Unternehmen gespeist. Weil die Umlage laut Gesetz bereits im Vorfeld an der zu erwartenden Entwicklung ausgerichtet werden muss, war sie 2010 mit 0,41 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme viel zu hoch

angesetzt. Inzwischen haben sich in der Insolvenzkasse 1,1 Milliarden Euro angesammelt, die aufgrund einer Gesetzeslücke angeblich nicht ins Folgejahr übertragen werden können. Nun möchte der Bund auf diese – eigentlich zweckgebundenen – Gelder zugreifen. Die Insolvenzgeldumlage 2010 käme damit einer Sondersteuer für die Unternehmen gleich.

Adressaufkleber

Insolvenz

Laut den Paragraphen 17, 18 und 19 der Insolvenzordnung muss die Geschäftsführung eines Unternehmens beim Insolvenzgericht die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig, überschuldet oder von einer Zahlungsunfähigkeit bedroht ist.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. € 3,01 Versandkosten
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.